

Kindergärten sind morgen offen – Minister Armin Laschet kritisiert Falschinformationen zu Lasten der Kinder

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration teilt mit: Wieder einmal neue Unwahrheiten von Stranz. Die von ihm verbreitete Teilnehmerzahl von mehreren hunderttausend Eltern an seiner Protestaktion ist schlichtweg falsch. Viele Tausend Kindergärten werden morgen geöffnet sein, da die überwiegende Mehrheit der Einrichtungen nicht auf Kosten der Kinder Politik macht. Fakt ist, dass sich weder kirchliche noch kommunale Träger an den Aktionen beteiligen, d. h. dass rund 80 Prozent der Kindertageseinrichtungen nicht die Kampagne von Herrn Stranz unterstützen, der letztendlich den Kindern schadet. Herr Stranz, der selbst nur 115 Waldorfkindergebäude vertritt, versucht immer wieder den Eindruck zu erwecken, dass er für alle Eltern und Erzieherinnen im Lande spricht. Bei den Protestaktionen gegen das neue Kinderbildungsgesetz versucht der „So nicht Koordinator“ Gerhard Stranz wieder einmal Eltern zu instrumentalisieren, zu verunsichern und auf die Straße zu treiben. Dies entspricht seiner Strategie, die er mit der Gewerkschaft ver.di verabredet hat. Statt auf Sachargumente setzt er auf „emotionale Eskalation“. An seinem Aktionsbündnis sind weder die beiden Kirchen noch die sechs Wohlfahrtsverbände, die Ansprechpartner der Landesregierung sind, beteiligt.

Auch seine Aussage, „KiBiz ist ein Kürzungsgesetz“, ist falsch. Das neue Kinderbildungsgesetz bringt eine deutlich quantitative und qualitative Verbesserung in der frühkindlichen Betreuung. Schon im nächsten Jahr gibt es 150 Millionen Euro mehr. Ab 2009 ist es insgesamt eine Milliarde Euro, die das Land für Betreuung und frühkindliche Bildung ausgibt. So viel Geld gab es noch nie für Kindergärten in Nordrhein-Westfalen. Die Zahl der Betreuungsplätze für die unterdreijährigen Kinder verdoppelt sich gegenüber dem Jahr 2007 auf 34.000 Plätze im kommenden Jahr. Wenn sich jetzt auch der Bund mit 864 Millionen Euro am Ausbau der frühkindlichen Betreuung in Nordrhein-Westfalen beteiligt, dann kann die Landesregierung ihr selbst gestecktes Ziel, bis 2010 für 20 Prozent der Unterdreijährigen Betreuungsplätze bereit zu stellen, noch früher erreichen. All dies sind gute Gründe, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken.

Original-Pressemitteilung vom 5.9.2007
Landesregierung NRW